

Inhalt

■	Ausschreibungen	4
	Expert*innengruppe für Migrationsfragen.....	4
	ESF/EaSI: Kompetenzzentren für soziale Innovation	4
	Fonds für innere Sicherheit: Verhinderung von Radikalisierung	5
■	Öffentliche Konsultationen	6
	Aktionsplan für Demokratie in Europa	6
	Regionalbeihilfeleitlinien	6
	Integration von Migrant*innen	7
■	EU-Politik	8
	Coronavirus: Erste Vereinbarung über potenziellen Impfstoff	8
	Kampf gegen Desinformation.....	8
	EU stärkt digitale Bildung im Programm Erasmus+	9
	Humanitäre EU-Hilfe für Beirut	9
	Bericht zu Bürokratieabbau.....	10
	Aktualisiertes EU-Tool zur Bewertung ihres Online- Unterrichts	10
	Coronakrise: Unterstützung von Erweiterungs- und Nachbarschaftspartnern	11
	Coronavirus: 23 neue EU-Forschungsprojekte gefördert..	11
	Weitere Soforthilfe für den Libanon.....	12
	Coronavirus: Behandlung mit Rekonvaleszenten-Plasma	13

Weniger Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland anhängig	13
Holocaust-Gedenktag für die Roma.....	14
Kompetenzen: Fünf neue ERASMUS+-Kooperationsprojekte.....	14
EU-Zugang zu Remdesivir	15
Interessenbekundung für innovative Partnerschaften: Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen	16
EU-Strategie für die Sicherheitsunion: Neues Sicherheitsökosystem.....	16
Umsetzung der Sicherheitsunion: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie von Drogen....	17
EU-Bericht zu Fluggastdaten.....	18
Humanitäre Luftbrücke für Jemen	18
Neue Studie zu Medienfreiheit und Medienpluralismus	19
Coronavirus: EU unterstützt Impfstoff-Forschung	19
Humanitäre Hilfe für notleidende Menschen im südlichen Afrika.....	20
Künstliche Intelligenz: Ethik-Checkliste veröffentlicht	20
Coronakrise:Maßnahmen zum Schutz von Saisonarbeitskräften	21
Coronavirus: Europäische Kommission stärkt Vorsorge im Hinblick auf weitere Ausbrüche	21
Kommission erneuert Europäische Ausbildungsallianz....	22
■ Veranstaltungen	23
Motivation sucht Engagement: Zukunftsbörse 2020 (online).....	23

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe August 2020 ist der 15.08.2020.

■ Ausschreibungen

Expert*innengruppe für Migrationsfragen

Zusätzlich zu einer EU-weiten öffentlichen Konsultation zu Migrationsfragen (s. u.) hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für eine Expert*innengruppe veröffentlicht. Diesbezügliche Bewerbungen können bis zum **21.09.2020** eingereicht werden.

Die Expert*Innengruppe wird sich aus Mitgliedern mit Migrationshintergrund zusammensetzen und sich an der Ausarbeitung und Umsetzung von politischen Maßnahmen im Bereich Migration, Asyl und Integration beteiligen.

Es ist wichtig, dass Migrant*innen, Asylsuchende und Flüchtlinge einbezogen werden, damit politische Strategien wirksamer gestaltet werden und besser auf die Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1364,

Bewerbung:

https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=calls.calls_for_app

ESF/EaSI: Kompetenzzentren für soziale Innovation

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und des Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) hat die Europäische Kommission eine Aufforderung für „Kompetenzzentren für soziale Innovation“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **15.10.2020**.

Angesichts der vielfältigen Landschaft in Bezug u. a. auf die Erfahrung bei der Förderung und Ausweitung sozialer Innovationen im Rahmen des ESF besteht die Notwendigkeit, die Initiativen und Partnerschaften für soziale Innovation zu stärken und die Handlungsfähigkeit der Stakeholder zu fördern.

Die Aufforderung wird die Entwicklung und Einrichtung nationaler Kompetenzzentren sowie deren Aktivitäten zur Förderung sozialer Innovation, das gegenseitige Lernen und das Mentoring von weniger fortgeschrittenen Zentren und die

Vernetzung zwischen den verschiedenen Kompetenzzentren und anderen wichtigen Stakeholdern fördern.

Nur Konsortien sind förderfähig. Um förderfähig zu sein, muss das Konsortium einen Hauptantragsteller und mindestens einen Mit Antragsteller aus mindestens zwei EU-Mitgliedstaaten umfassen. Für jeden betroffenen EU-Mitgliedstaat muss das Konsortium mindestens eine Verwaltungsbehörde des Europäischen Sozialfonds oder eine öffentliche oder private Einrichtung umfassen, die die Zustimmung der nationalen Verwaltungsbehörde vorweisen kann.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 5 Mio. Euro zur Verfügung. Davon sollen ca. sieben bis neun Vorschläge gefördert werden.

Weitere Informationen:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=629&langId=en&callId=604&furtherCalls=yes>

Fonds für innere Sicherheit: Verhinderung von Radikalisierung

Im Rahmen des Fonds für innere Sicherheit hat die Europäische Kommission eine Ausschreibung zum Thema „Verhinderung von Radikalisierung“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **24.11.2020**.

Ziel ist es, wirksame Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, um alle Formen der Radikalisierung (insbesondere von islamistischem und gewalttätigem Rechtsextremismus) in vorrangigen Bereichen zu verhindern und zu bekämpfen. Der Schwerpunkt liegt auf Ansätzen für den Rückzug und die Wiedereingliederung extremistischer Straftäter*innen und radikalierter Personen, einschließlich der Rückkehr ausländischer Terrorist*innen und ihrer Familien.

Die Projektanträge müssen folgende Unterprioritäten berücksichtigen:

- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den an Programmen zur Trennung und Wiedereingliederung beteiligten Interessengruppen und
- Verbesserung der Bereitschaft der an Programmen zur Loslösung und Wiedereingliederung beteiligten Akteure.

Insgesamt stehen vier Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Aktionsplan für Demokratie in Europa

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation gestartet, um die Meinungen der Bürger*innen zum künftigen Aktionsplan für Demokratie in Europa einzuholen.

Der neue Aktionsplan ist ein politischer Schwerpunkt der Kommission von der Leyen und wird auf einige der wichtigsten Herausforderungen für die europäische Demokratie eingehen. Hierzu zählen Einflussnahme von außen und Wahlmanipulation ebenso wie Medienfreiheit und Medienpluralismus oder der Kampf gegen Desinformation. Ferner werden Meinungen zu der Frage eingeholt, wie die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement besser unterstützt werden können.

Die europäischen Bürger*innen wie auch Wahlbehörden, politische Parteien, die Medien, Journalist*innen und Online-Plattformen sind aufgerufen, bis zum **15.09.2020** ihre Meinung zu äußern.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12506-European-Democracy-Action-Plan/public-consultation>

Regionalbeihilfeleitlinien

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation eingeleitet, um Stellungnahmen aller interessierten Kreise zum Entwurf der überarbeiteten EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen („Regionalbeihilfeleitlinien“) einzuholen. Bis zum **30.09.2020** können Beiträge übermittelt werden.

Die Regionalbeihilfeleitlinien sollen die wirtschaftliche Entwicklung von benachteiligten Gebieten in der EU voranbringen und gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten wahren. Regionalbeihilfen sind ein wichtiges Instrument der Mitgliedstaaten zur Stärkung der regionalen Entwicklung.

Die Überarbeitung der geltenden Regionalbeihilfeleitlinien erfolgt im Rahmen einer „Eignungsprüfung“, mit der die Kommission feststellen will, ob die 2012 angenommen Rechtsvorschriften zur Modernisierung des EU-Beihilferechts noch zweckmäßig sind.

Der Entwurf der überarbeiteten Leitlinien spiegelt auch die neuen Prioritäten im Rahmen des europäischen Grünen Deals und der Industrie- und Digitalstrategie der EU wider.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1385

Integration von Migrant*innen

Die Kommission hat eine EU-weite öffentliche Konsultation eingeleitet, um Meinungen zu neuen Maßnahmen einzuholen, die auf EU-Ebene zur Förderung der Integration und sozialen Inklusion von Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund getroffen werden könnten.

Mit dieser Konsultation und einer Expert*innengruppe möchte die Kommission Beiträge von einem breiten Spektrum von Interessenträger*innen einholen. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die Ausarbeitung des von der Kommission in ihrem Arbeitsprogramm angekündigten Aktionsplans für Integration und Inklusion einfließen.

Die öffentliche Konsultation wird bis zum **21.10.2020** verfügbar sein.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1364

■ EU-Politik

Coronavirus: Erste Vereinbarung über potenziellen Impfstoff

Die Europäische Kommission hat am 14.08.2020 mit dem Pharmaunternehmen AstraZeneca eine erste Vereinbarung geschlossen, auf deren Grundlage ein potenzieller Impfstoff gegen COVID-19 angekauft sowie an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen gespendet oder an andere Länder in Europa weitergegeben werden kann. Wie zuvor vermeldet, waren bereits Sondierungsgespräche mit Sanofi-GSK und mit Johnson & Johnson positiv verlaufen.

Nun verfügt die Kommission über die Grundlagen für einen vertraglichen Rahmen für den Ankauf von 300 Mio. Dosen des Impfstoffs von AstraZeneca im Namen aller EU-Mitgliedstaaten, sobald der Impfstoff nachweislich sicher und gegen COVID-19 wirksam ist, wobei eine Option auf weitere 100 Mio. Dosen besteht. Mit anderen Impfstoffherstellern steht die Kommission noch in ähnlichen Verhandlungen.

Die genehmigte Vereinbarung wird aus dem Soforthilfeinstrument finanziert.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1438

Kampf gegen Desinformation

Eine neue Serie von Infografiken soll Bürger*innen dabei unterstützen, Desinformation und Verschwörungstheorien besser zu erkennen und mit Fakten zu widerlegen. Die Aktion ist Teil einer gemeinsamen Initiative von Europäischer Kommission und UNESCO sowie Twitter und dem Jüdischen Weltkongress.

Wie die Kommission in ihrer [Mitteilung zu Desinformation](#) im Juni dargelegt hat, ging die Coronavirus-Pandemie einher mit einer massiven Welle falscher oder irreführender Informationen sowie Hassreden, rassistischen und antisemitischen Angriffen im Internet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200814-kommission-und-unesco-buendeln-kraefte-im-kampf-gegen-desinformation_de

EU stärkt digitale Bildung im Programm Erasmus+

Die COVID-19- Pandemie erfordert neue innovative und kreative Lehr- und Lernmethoden, die jetzt von der Kommission mit zusätzlichen 200 Mio. Euro unterstützt werden. Gefördert werden damit Projekte zur digitalen Bildung und Ausbildung, zur Kompetenzentwicklung und zur Integration durch Kreativität und Kunst.

Für die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel hat die Kommission das Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ aktualisiert und am 14.08.2020 angenommen.

Das Programm Erasmus+ wird Projekte zur Förderung des digitalen Lehrens, Lernens und Bewertens in Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung unterstützen. Außerdem wird es Schulen, Jugendorganisationen und Erwachsenenbildungseinrichtungen die Möglichkeit bieten, die Entwicklung von Fähigkeiten zu unterstützen, die Kreativität zu fördern und die soziale Eingliederung durch die Künste zusammen mit dem kulturellen und kreativen Sektor zu verbessern.

Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte in diesen Bereichen werden im Frühherbst veröffentlicht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200814-eu-staerkt-digitale-bildung-im-programm-erasmus_de

Humanitäre EU-Hilfe für Beirut

Am 13.08.2020 ist in Beirut ein EU-Flugzeug mit mehr als 17 Tonnen humanitärer Versorgung, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung gelandet. Die Notfallmaterialien dienen der Versorgung von Menschen im Libanon, die besonders stark von der Explosion und der Coronakrise betroffen sind.

Die Transportkosten wurden vollständig von der Europäischen Kommission, die Frachtkosten von den Partnern der Kommission, UNICEF und Médecins du monde übernommen.

Diese humanitären Maßnahmen ergänzen die Nothilfe der Europäischen Union unmittelbar nach der Explosion am 4. August, die das wegen der Coronakrise angeschlagene Gesundheitssystem des Libanon stark unter Druck setzte.

Die humanitären Mittel der EU werden an UN-Organisationen, NGOs und internationale Organisationen weitergeleitet und streng überwacht. Die EU unterstützt die Menschen im Libanon bereits seit 2011 mit mehr als 2,3 Mrd. Euro, darunter mehr als 660 Mio. Euro an humanitärer Hilfe.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200813-flugzeug-mit-humanitaerer-hilfe-aus-der-eu-beirut-eingetroffen_de

Bericht zu Bürokratieabbau

Die Europäische Union hat im vergangenen Jahr weitere Fortschritte beim Bürokratieabbau erreicht. So wurden 2019 insgesamt 31 Initiativen zur Verminderung des Bürokratieaufwands in der EU-Gesetzgebung beschlossen. 14 Evaluierungen und Fitness-Checks bestehender Rechtsvorschriften wurden abgeschlossen. Das ergibt der am 13.08.2020 vorgelegte jährliche Bericht über die Bemühungen der Europäischen Union zum Bürokratieabbau.

Der jährliche Bericht der Kommission ist Teil der Agenda zur besseren Rechtsetzung und des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT). Weitere 79 Initiativen stehen vor der Annahme, 49 Evaluierungen laufen aktuell noch.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200813-bericht-zu-buerokratieabbau-kommission-zieht-positive-bilanz_de

Aktualisiertes EU-Tool zur Bewertung ihres Online-Unterrichts

Die Europäische Kommission hat am 12.08.2020 eine neue Version des Selbstbewertungstools [SELFIE](#) vorgestellt, das Schulen dabei helfen soll, digitale Technologien für das Lehren und Lernen optimal zu nutzen.

Zur Wiedereröffnung der Schulen in ganz Europa wurde SELFIE aktualisiert, um die Schulen bei der Bilanz zum bisherigen Fernunterricht während der Pandemie zu unterstützen und um das kommende Schuljahr für Schüler*innen und Lehrer*innen besser planbar zu machen.

SELFIE (Self-reflection on Effective Learning by Fostering the use of Innovative Educational Technologies - Selbstreflexion über effektives Lernen durch die Förderung des Einsatzes innovativer Bildungstechnologien) ist kostenlos, einfach zu benutzen und leicht für individuelle Bedürfnisse anzupassen. Jede interessierte Schule kann sich auf der Plattform anmelden und SELFIE nutzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200812-schulen-koennen-aktualisiertes-eu-tool-zur-bewertung-ihres-online-unterrichts-nutzen_de

Coronakrise: Unterstützung von Erweiterungs- und Nachbarschaftspartnern

Die Kommission hat am 11.08.2020 im Namen der EU Vereinbarungen über Makrofinanzhilfeprogramme getroffen. Diese Vereinbarungen sind Teil des Makrofinanzhilfepakets in Höhe von 3 Mrd. Euro für zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftspartner, mit dem diese bei der Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie unterstützt werden sollen.

Die derzeit laufende rasche Umsetzung dieser Programme ist ein klares Zeichen der Solidarität der EU mit diesen Partnern in einer beispiellosen Krise.

Mit Albanien, Georgien, Jordanien, dem Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien und der Ukraine bestehen schon Vereinbarungen. In vier Fällen kam es bereits zur formalen Unterzeichnung: mit dem Kosovo, Moldau, Nordmazedonien und der Ukraine. Die Verhandlungen über die Vereinbarungen mit den beiden verbleibenden Ländern, Bosnien und Herzegowina und Tunesien, laufen noch.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1457

Coronavirus: 23 neue EU-Forschungsprojekte gefördert

Anlässlich der anhaltenden Coronavirus-Pandemie unterstützt die Kommission 23 neue Forschungsprojekte mit 128 Mio. Euro.

Die Finanzierung im Rahmen von Horizont 2020, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, ist Teil der zugesagten 1,4 Mrd. Euro im Rahmen der Initiative zur weltweiten Coronavirus-Krisenreaktion.

An den 23 Projekten, die in die engere Wahl gezogen wurden, sind 347 Forschungsteams aus 40 Ländern beteiligt, darunter 34 Teilnehmende aus 16 Ländern außerhalb der EU. Die Mittel ermöglichen es den Forscher*innen, die Pandemie und ihre Folgen zu bekämpfen, indem die industriellen Kapazitäten für die Herstellung und den Einsatz leicht verfügbarer Lösungen gestärkt werden.

Ferner können dank der Förderung medizinische Technologien und digitale Werkzeuge entwickelt, das Verständnis der verhaltensbezogenen und sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie verbessert und mithilfe großer Patientengruppen (Kohorten) in ganz Europa Erkenntnisse gewonnen werden..

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1460

Weitere Soforthilfe für den Libanon

Auf der internationalen Geberkonferenz zur Unterstützung für Beirut und die libanesischen Bevölkerung hat die Europäische Kommission zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro zugesagt, um die größte Not der von der verheerenden Explosion am 04.08.2020 in Beirut betroffenen Menschen zu lindern. Zuvor hatte Präsidentin von der Leyen bereits in einem Telefonat mit dem libanesischen Ministerpräsidenten 33 Mio. Euro zugesagt.

Die zusätzlichen EU-Mittel für humanitäre Hilfe fließen über UN-Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen und ihr Einsatz wird streng überwacht. Diese Unterstützung wird Hunderttausenden der am stärksten betroffenen Menschen zugutekommen und dient der Deckung von Grundbedürfnissen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1466

Coronavirus: Behandlung mit Rekonvaleszenten-Plasma

Am 31.07.2020 hat die Europäische Kommission mehr als 200 Blutspendedienste in der gesamten EU aufgefordert, Mittel für die Anschaffung von Plasmapheresegeräten, mit denen Plasma von Blutspender*innen gewonnen wird, zu beantragen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Kapazitäten der EU zur Gewinnung von Rekonvaleszenten-Plasma, d. h. Plasma von genesenen COVID-19-Patient*innen, auszubauen, um dann mit dieser Behandlung neu erkrankte COVID-19-Patient*innen in ihrem Kampf gegen die Krankheit zu unterstützen. Die Finanzhilfen werden öffentlichen und nichtstaatlichen Blutspendediensten gewährt, die für die Gewinnung von Plasmaspenden zugelassen sind.

Einen Monat lang können Anträge gestellt werden; die Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro werden aus dem [Soforthilfeinstrument](#) finanziert. Die Gewährung der Finanzhilfen erfolgt entsprechend dem von den Blutspendediensten der Mitgliedstaaten angemeldeten Bedarf.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1435

Weniger Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland anhängig

Die Zahl der gegen Deutschland anhängigen Vertragsverletzungsverfahren ist per Ende 2019 auf 70 zurückgegangen. Ende 2018 waren es noch 81 gewesen, 2016 noch 91 Verfahren.

Das geht aus dem am 31.07.2020 vorgelegten Jahresbericht der Kommission hervor. EU-weit blieb die Zahl der laufenden Vertragsverletzungsverfahren im vergangenen Jahr stabil, wobei es im Vergleich zum Vorjahr über ein Fünftel mehr neue Vertragsverletzungsverfahren gab.

Im Jahr 2019 war die Zahl der neuen Verfahren wegen mangelhafter Umsetzung oder Anwendung des EU-Rechts am niedrigsten für Luxemburg, Estland und Litauen, während gegen Spanien, Italien und Griechenland die meisten neuen Verfahren eingeleitet wurden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200731-vertragsverletzungsverfahren_de

Holocaust-Gedenktag für die Roma

Im Vorfeld des Holocaust-Gedenktages für die Roma am 02.08.2020 haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Vizepräsidentin Vera Jourová und die für Gleichheitspolitik zuständige Kommissarin Helena Dalli an die Pflicht Europas erinnert, seine Minderheiten vor Rassismus und Diskriminierung zu schützen.

Europa steht in der Pflicht, die hier lebenden Minderheiten vor Rassismus und Diskriminierung zu schützen. Wir müssen dem Antiziganismus mit Offenheit und Akzeptanz, den Hassreden und Hassverbrechen mit Toleranz und Achtung der Menschenwürde und Mobbing mit Aufklärung über den Holocaust begegnen. Vor allem aber müssen wir Vielfalt als ein wertvolles Geschenk betrachten, das Europa stark und widerstandsfähig macht.

Deshalb fordert die Kommission alle Mitgliedstaaten auf, sich der Zusage anzuschließen, Rassismus und Diskriminierung ein Ende zu setzen, von denen die großen ethnischen Roma-Minderheiten extrem betroffen sind. Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sich zu einem neuen Strategischen Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma zu verpflichten, um soziale Gerechtigkeit und mehr Gleichheit in jeder Hinsicht zu erreichen.“

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200731-holocaust-gedenktag-roma_de

Kompetenzen: Fünf neue ERASMUS+-Kooperationsprojekte

Die Kommission hat am 30.07.2020 vorgeschlagen, [fünf neue Plattformen](#) für Zentren der beruflichen Exzellenz im Rahmen von Erasmus+ zu finanzieren, um den Erfordernissen einer innovativen, integrativen und nachhaltigen Wirtschaft gerecht zu werden.

Die Plattformen werden im Rahmen von Erasmus+ mit einem Höchstbetrag von jeweils 4 Mio. Euro finanziert; ihre Tätigkeit umfasst Bereiche wie umweltfreundliche Innovationen und ökologische Gestaltung von Städten, Mikroelektronik sowie die Möbel- und Holzbranche.

Sie leisten auch einen Beitrag zur Verwirklichung wichtiger europäischer Prioritäten wie digitaler und grüner Wandel, nachhaltiges Wachstum sowie soziale Gerechtigkeit und Inklusion.

Unter 55 Bewerbungen wurden diese fünf Plattformen für berufliche Exzellenz neu ausgewählt, an denen 167 Partnerorganisationen aus 17 Mitgliedstaaten und vier weiteren am Programm Erasmus+ teilnehmenden Ländern beteiligt sind.

Die ausgewählten Projekte werden sich auf die Entwicklung von Kompetenzökosystemen konzentrieren und durch die Entwicklung innovativer Lehrpläne und Lehrmethoden ihre Qualität und Anpassungsfähigkeit steigern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1421

EU-Zugang zu Remdesivir

Die Europäische Kommission hat am 29.07.2020 mit dem Pharmaunternehmen Gilead einen Vertrag unterzeichnet, der ihr die Lieferung von Behandlungsdosen von Veklury (Markenname von Remdesivir) sichert. Veklury war das erste Arzneimittel, das auf EU-Ebene für die Behandlung von COVID-19 zugelassen wurde. Mit Koordinierung und Unterstützung durch die Kommission erhalten die Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich zur Deckung des dringenden Bedarfs bereits Anfang August die ersten Chargen von Veklury.

Die Vertragssumme in Höhe von insgesamt 63 Mio. Euro wird aus dem [Soforthilfeinstrument](#) der Kommission finanziert. So ist dafür gesorgt, dass rund 30 000 Patient*innen mit schweren COVID-19-Symptomen behandelt werden können. Dies trägt dazu bei, den derzeitigen Bedarf in den kommenden Monaten zu decken, und gewährleistet gleichzeitig eine gerechte Verteilung auf EU-Ebene, die auf einem Zuteilungsschlüssel beruht, welcher sich an den Empfehlungen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten orientiert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1416

Interessenbekundung für innovative Partnerschaften: Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen

Die Europäische Kommission veröffentlicht am 27.07.2020 eine Aufforderung zur Interessenbekundung für thematische Partnerschaften zur Erprobung interregionaler Innovationsprojekte, die Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie unterstützen.

Im Rahmen dieser Aufforderung ersucht die Europäische Kommission um Interessenbekundungen von transnationalen Partnerschaften regionaler Behörden und anderer Interessenträger wie Universitäten, Forschungszentren, Clustern und KMU, die bereit sind, interregionale Innovationspartnerschaften zu erproben, um die Vermarktung und den Ausbau interregionaler Innovationsprojekte zu erleichtern und Geschäftsinvestitionen zu unterstützen.

Mit der Aufforderung zur Interessenbekundung sollen interregionale Partnerschaften in vier Themenbereichen gefördert werden: In der ersten Partnerschaft für die Entwicklung der medizinischen Wertschöpfungskette geht es um die Arbeit an Arzneimitteln oder Medizinprodukten zur Eindämmung des Coronavirus auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette. Die zweite Partnerschaft bezieht sich auf die Sicherheit und das Management medizinischer Abfälle und steht im Zusammenhang mit dem Thema Kreislaufwirtschaft im Gesundheitsbereich. Die dritte Partnerschaft betrifft Projekte zur Förderung eines nachhaltigen und digitalen Tourismus. Die vierte Partnerschaft konzentriert sich auf die Entwicklung von Wasserstofftechnologien in kohleintensiven Regionen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1408

EU-Strategie für die Sicherheitsunion: Neues Sicherheitsökosystem

Die Europäische Kommission stellte am 24.07.2020 eine neue [EU-Strategie für die Sicherheitsunion](#) für den Zeitraum 2020 bis 2025 vor. Der Schwerpunkt liegt auf den Bereichen, in denen die EU den Mitgliedstaaten bei der Förderung der Sicherheit aller Menschen in Europa wertvolle Unterstützung leisten kann.

In der Strategie werden die Instrumente und Maßnahmen dargelegt, die in den nächsten fünf Jahren zu entwickeln sind, um die Sicherheit in unserem physischen und digitalen Umfeld zu gewährleisten; das Spektrum reicht dabei von der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität über die Prävention und Aufdeckung hybrider Bedrohungen sowie die Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer kritischen Infrastruktur bis zur Erhöhung der Cybersicherheit und der Förderung von Forschung und Innovation.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_201379

Umsetzung der Sicherheitsunion: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie von Drogen

Die Kommission präsentierte am 24.07.2020 drei Sofortinitiativen zur Umsetzung der Strategie für die Sicherheitsunion: eine EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern, eine neue EU-Agenda und einen Aktionsplan zur Drogenbekämpfung sowie einen EU-Aktionsplan gegen den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen.

All diese Bedrohungen erfordern ein entschlossenes Handeln auf EU-Ebene, da sie grenzüberschreitender Natur sind und sowohl online als auch offline Relevanz haben. Die Coronavirus-Pandemie hat sie zudem noch verschärft.

Dies gilt insbesondere für den sexuellen Missbrauch von Kindern, der aufgrund physischer Isolierung und wachsender Online-Aktivitäten nachweislich zugenommen hat.

Die Bekämpfung des Handels mit Drogen und Feuerwaffen ist von maßgeblicher Bedeutung für das Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität – eine der obersten Prioritäten für die innere Sicherheit in Europa.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_201380

EU-Bericht zu Fluggastdaten

Die Verarbeitung von Fluggastdaten (Passenger Name Records, PNR) zeigt im Kampf der EU gegen Terrorismus und schwere Straftaten wie Drogenhandel, Menschenhandel, sexuellen Kindesmissbrauch, Kindesentführung und organisierte Kriminalität Wirkung. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht, den die EU-Kommission am 24.07.2020 vorgelegt hat. Die Richtlinie über Fluggastdatensätze (PNR) wird seit zwei Jahren EU-weit angewendet.

Der Bericht zeigt auch, dass sich die nationalen Behörden verpflichtet haben, die strengen Datenschutzgarantien der Richtlinie einzuhalten und diese in die Praxis umzusetzen. Die meisten Mitgliedstaaten haben voll funktionsfähige Informationsstellen eingerichtet, die die PNR-Daten erheben und verarbeiten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200724-eu-bericht-fluggastdaten_de

Humanitäre Luftbrücke für Jemen

Über die humanitäre Luftbrücke der EU ist ein weiterer Flug von Lüttich (Belgien) gestartet, mit dem medizinisches und anderes grundlegendes Material nach Jemen geliefert wird, um die humanitäre Hilfe für das Land zu verstärken. Insgesamt werden über 220 Tonnen grundlegender Güter an die schwächsten Bevölkerungsgruppen im Land geliefert. Dies wurde durch die gemeinsamen Anstrengungen Schwedens und der EU ermöglicht.

Bis Anfang August werden über die humanitäre Luftbrücke der EU nach Jemen dringend benötigte humanitäre Güter sowohl nach Aden als auch nach Sanaa transportiert. Mit der Hilfslieferung wird die Reaktion auf die Coronavirus-Krise unterstützt, aber sie ermöglicht auch die Weiterführung anderer lebensrettender humanitärer Programme durch UN-Organisationen, internationale Nichtregierungsorganisationen und die Bewegung des Roten Kreuzes/Roten Halbmonds.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1384

Neue Studie zu Medienfreiheit und Medienpluralismus

Medienfreiheit und Medienpluralismus sind in allen 27 Mitgliedstaaten, Großbritannien, Albanien und der Türkei weiterhin Gefahr - und die Bedrohung nimmt zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine unabhängige Studie, die das Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit am 23.07.2020 veröffentlicht hat.

Eine weitere Studie, die die EU-Kommission heute ebenfalls vorgestellt hat, zeigt wie Klagen missbraucht werden, um Journalist*innen einzuschüchtern.

Die Studie befasst sich mit physischen und digitalen Bedrohungen und Angriffen auf Journalist*innen, mit ihren Arbeitsbedingungen, aber auch mit Fragen wie Marktpluralismus, politischer Unabhängigkeit und sozialer Teilhabe.

Darüber hinaus hat die Kommission auch eine Studie über die missbräuchliche Anwendung von Klagen, um Kritiker*innen einzuschüchtern und öffentliche Kritik zu unterbinden vorgelegt, die die Arbeit von Journalist*innen bedrohen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200723-neue-studie-medienfreiheit_de

Coronavirus: EU unterstützt Impfstoff-Forschung

Die Kommission beteiligt sich mit weiteren 100 Mio. Euro an der raschen Entwicklung von Coronavirus-Impfstoffen. Mit den 100 Mio. Euro wird die am 22.07.2020 veröffentlichte Aufforderung der „Koalition für Innovationen in der Epidemievorsorge“ zur Impfstoffforschung kofinanziert.

Die EU-Unterstützung ist Teil der Zusage der Kommission, 1 Mrd. Euro aus dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 in dringend benötigte Forschung und Innovation zu investieren. Ziel ist es, Diagnostiktests, Behandlungen, Impfstoffe und andere Präventionsinstrumente zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu entwickeln.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200722-impfstoff-forschung_de

Humanitäre Hilfe für notleidende Menschen im südlichen Afrika

Die Kommission stellt humanitäre Hilfe in Höhe von 64,7 Mio. Euro für Länder im südlichen Afrika bereit, um notleidenden Menschen zu helfen, die von der Coronavirus-Pandemie, extremen Wetterbedingungen wie anhaltender Dürre und anderen Krisen betroffen sind.

Die Mittel aus diesem Hilfspaket fließen in humanitäre Projekten in Angola (3 Mio. Euro), Botsuana (1,95 Mio. Euro), auf den Komoren (500 000 Euro), in Eswatini (2,4 Mio. Euro), in Lesotho (4,8 Mio. Euro), auf Madagaskar (7,3 Mio. Euro), in Malawi (7,1 Mio. Euro), auf Mauritius (250 000 Euro) sowie in Mosambik (14,6 Mio. Euro), in Namibia (2 Mio. Euro), in Sambia (5 Mio. Euro) und in Simbabwe (14,2 Mio. Euro). Ein weiterer Betrag von 1,6 Mio. Euro ist für regionale Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge bestimmt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1374

Künstliche Intelligenz: Ethik-Checkliste veröffentlicht

Die hochrangige Expertengruppe für künstliche Intelligenz (KI) hat am 17.07.2020 die endgültige Bewertungsliste für vertrauenswürdige künstliche Intelligenz veröffentlicht.

Über ein internetbasiertes Tool wird die Checkliste Unternehmen und Organisationen helfen, die ethischen Anforderungen an KI einzuhalten.

Diese Arbeit und die abschließenden sektoralen Empfehlungen der Expert*innen werden in die laufenden Überlegungen der Kommission zu Künstlicher Intelligenz (KI) einfließen, ebenso wie das umfangreiche Feedback zur öffentlichen Konsultation zu ihrem Weißbuch zur KI.

Die Kommission hat ebenfalls einen zusammenfassenden Bericht über die Ergebnisse dieser Konsultation sowie die einzelnen Beiträge veröffentlicht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200717-kuenstliche-intelligenz-ethik-checkliste-veroeffentlicht-1200-beitraege-zu-konsultation_de

Coronakrise: Maßnahmen zum Schutz von Saisonarbeitskräften

Die Europäische Kommission legte am 16.07.2020 Leitlinien vor, um den Schutz von Saisonarbeitkräften in der EU vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie zu gewährleisten. Sie bietet den nationalen Behörden, den Arbeitsaufsichtsbehörden und den Sozialpartnern Orientierungshilfen, um die Rechte, die Gesundheit und die Sicherheit von Saisonarbeitskräften zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Saisonarbeitskräften ihre Rechte bekannt sind.

Grenzüberschreitend beschäftigte Saisonarbeitskräfte genießen ein breites Spektrum an Rechten, können jedoch aufgrund des befristeten Charakters ihrer Arbeit anfälliger für prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Die Coronavirus-Pandemie hat diese schweren Bedingungen stärker ins Blickfeld gerückt und in einigen Fällen noch verschärft. In einigen Fällen können solche Probleme das Risiko von COVID-19-Clustern erhöhen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1342

Coronavirus: Europäische Kommission stärkt Vorsorge im Hinblick auf weitere Ausbrüche

Die Europäische Kommission hat am 15.07.2020 kurzfristige und sofort in Angriff zu nehmende Vorsorgemaßnahmen der EU im Gesundheitsbereich im Hinblick auf künftige COVID-19-Ausbrüche vorlegt. Die Kommission war von Beginn an an vorderster Front mit der Koordinierung von Informationsaustausch und grenzüberschreitenden Aktionen und Maßnahmen im Gesundheitsbereich befasst. Damit die Ausbreitung des Virus eingedämmt und weitere strenge Maßnahmen, wie etwa Lockdowns, vermieden werden können, sind eine nicht nachlassende Wachsamkeit und eine rasche Reaktion der Kommission und der Mitgliedstaaten geboten.

Der Schwerpunkt der Mitteilung liegt auf allen wesentlichen Maßnahmen, die für eine bessere Vorsorge, einschließlich Testung und Kontaktnachverfolgung, eine wirksamere Überwachung der öffentlichen Gesundheit und einen erweiterten Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen wie persönlicher Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Medizinprodukten erforderlich sind.

Dazu gehören auch Maßnahmen zur Bildung von Kapazitätspuffern im Gesundheitswesen, nichtpharmazeutische Gegenmaßnahmen, die Unterstützung von Minderheiten und schutzbedürftigen Personen sowie Maßnahmen zur Verringerung der Belastung durch die saisonale Grippe.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1340

Kommission erneuert Europäische Ausbildungsallianz

Am Welttag für den Kompetenzerwerb junger Menschen am 15.07.2020 gab die Europäische Kommission den Startschuss für die erneuerte Europäische Ausbildungsallianz (EaFA). Sie wurde als eine Schlüsselinitiative der Jugendbeschäftigungsförderung „Eine Brücke zu Arbeitsplätzen für die nächste Generation“ von der Kommission am 01.07.2020 vorgestellt. Die Europäische Ausbildungsallianz (EaFA) vereint Regierungen und wichtige Interessengruppen mit dem Ziel, die Qualität, das Angebot und die Attraktivität von Lehrlingsausbildungen in Europa zu stärken und gleichzeitig die Mobilität von Lehrlingen zu fördern. Diese Ziele werden durch nationale Verpflichtungen und freiwillige Zusagen seitens der Interessengruppen gefördert.

Die Kommission erneuert das Bündnis, um zu einem Angebot qualitativ hochwertiger Lehrstellen, insbesondere im digitalen und grünen Bereich beizutragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Wirtschaftssektoren, die beim Übergang zu einem klimaneutralen Europa an vorderster Front stehen werden, und auf Wirtschaftsbereichen, die von den Folgen der Covid-19-Pandemie besonders betroffen sind. Konkret wird die Allianz die Mitgliedstaaten und Unternehmen bei der Förderung nationaler Ausbildungscoalitionen unterstützen, Anreize für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die ein Angebot an qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen schaffen und die Wiederbelebung des Europäischen Auszubildendennetzes fördern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200715-kommission-erneuert-europaeische-ausbildungsallianz_de

■ Veranstaltungen

Motivation sucht Engagement: Zukunftsbörse 2020 (online)

Die Nationale Agentur Jugend für Europa veranstaltet am **25.10.2020** die Zukunftsbörse des „comeback 2020“.

Jedes Jahr gehen rund 1000 Freiwillige aus ganz Deutschland nach Europa, um sich in solidarischen Projekten zu engagieren. Das Rückkehrevent „comeback“ bietet ihnen die freiwillige Möglichkeit, sich an einem Wochenende mit anderen Freiwilligen auszutauschen und ihre Erfahrungen zu reflektieren, die sie während des Einsatzes im Europäischen Solidaritätskorps gemacht haben. Außerdem können sie sich in Workshops zu politischen und gesellschaftsrelevanten Themen weiterbilden und haben nebenbei die Chance, sich im Rahmen der Zukunftsbörse Gedanken über ihre persönliche und berufliche Zukunft zu machen.

Stellen Sie sich und Ihre Organisation auf der Zukunftsbörse vor, kommen Sie ins Gespräch mit engagierten jungen Menschen und zeigen Sie ihnen wie sie ihr Engagement in Deutschland weiterführen können.

Die Rückkehrenden suchen erfahrungsgemäß nach Möglichkeiten mit ihrer hohen Motivation für bürgerschaftliches Engagement auch nach dem ESK aktiv zu bleiben.

Im Rahmen der Zukunftsbörse können Organisationen, Vereine und Initiativen ihre Arbeit und Mitwirkungsmöglichkeiten an Infoständen und/oder in halbstündigen Kurzpräsentationen darstellen und mit den RückkehrerInnen ins Gespräch kommen.

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/zukunftsb%C3%B6rse2020/>